

**Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Konzils am 16. Januar 2008**

Ort: Aula, Universitätsplatz 1
Beginn: 14.00 Uhr
Ende: 16.40 Uhr
Leitung und Präsidium: Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck, Präsident des Konzils
Stud. Maik Walm, Vizepräsident des Konzils
Teilnehmer: s. Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Beschlussfassung über die Änderung der Grundordnung auf Vorschlag des Senats

Bericht: Senator Prof. Dr. Martin Benkenstein, Vorsitzender des Akademischen Senats
Senatorin Dr. Viola von Oeynhausen, Vorsitzende der Strukturkommission des Akademischen Senats

Vorlage: Entwurf der Grundordnung
- 3 Anträge
- 4 Informationen

zu 1

Der Präsident des Konzils eröffnete die sechste Sitzung der Amtszeit 2006 bis 2008. Er begrüßte die Mitglieder und die Gäste. Besonders begrüßt wurden die Hochschulleitung, der Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende des Akademischen Senats, der Vorsitzende des Hochschulverbandes M-V und Rektor a. D. Prof. Dr. Wildenhain sowie die anwesenden Ehrenmitglieder und Ehrensensoren.

Zu Beginn der Sitzung war das Konzil mit 52 und im weiteren Verlauf der Sitzung mit 54, 53 resp. 52 von 66 stimmberechtigten Mitgliedern gemäß § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung beschlussfähig. Auch für den Tagesordnungspunkt 2 war das Konzil i. S. d. § 15 Abs. 4 der Grundordnung der Universität Rostock beschlussfähig.

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

zu 2

Prof. Dr. Benkenstein, Vorsitzender des Senats, gab eine kurze Einführung zum Vorschlag des Senats zur Änderung der Grundordnung. Senatorin Dr. von Oeynhausen, Vorsitzende

der Strukturkommission des Akademischen Senats, erläuterte anschließend die einzelnen vom Senat eingebrachten Änderungen. Sie berichtete, dass der Senat in seiner Sitzung am 4. April 2007 beschlossen hat, die Grundordnung der Universität Rostock im Sinne von § 82 Absatz 2 LHG M-V zu ändern, um eine kollegiale Universitätsleitung zu ermöglichen. Darauf aufbauend wurde eine Neudefinition der Aufgaben des Rektorats und des Rektors nötig. Weiterhin wurde die Anzahl der Prorektoren festgeschrieben und Verlängerungen der Amtszeiten vorgeschlagen. Geändert wurde auch die Formulierung zu Freunden und Förderern der Universität Rostock. Hinzugekommen ist die Interdisziplinäre Fakultät und eine klarstellende Formulierung zu den Statusgruppen.

Der Präsident schlug vor die eingegangenen Anmerkungen der Mitglieder (zusammengefasst in einer Tischvorlage) als Diskussionsgrundlage zu verwenden. Die Mitglieder stimmten dieser Vorgehensweise zu.

- Es wurde die Benennung und Hervorhebung des Leiters der Interdisziplinären Fakultät als Dekan in § 2 Nr. 2 kritisiert. In einer kurzen Aussprache wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass die INF eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung mit herausgehobener Bedeutung ist. Die Mitglieder des Konzils votierten mehrheitlich für die vom Senat vorgeschlagene Formulierung des § 2 Nr. 2.
- Das Konzil empfiehlt dem Akademischen Senat zur nächsten Änderung der Grundordnung in § 3 Abs. 1 eine Definition für den Begriff Humanwissenschaften zu entwickeln.
- Es wurde angemerkt, dass die Aussagen zu Freunden und Förderern nicht zu § 3 - Leitbild der Universität passen. Der Präsident verwies diese Anmerkung als redaktionelle Anpassung an die Bearbeiter der Endredaktion.
- Die Problematik der fehlenden Rechtsgrundlage für eine Aufwandsentschädigung zugunsten des studentischen Prorektors in § 4 Abs. 4 Satz 4 war dem Senat bei der Überarbeitung dieser Norm bekannt. Eine abschließende Klärung mit dem Bildungsministerium im Vorwege war diesbezüglich jedoch nicht möglich. Diese Regelung ist ein Versuch, dem studentischen Prorektor eine angemessene Entlohnung zuzugestehen. Die Mitglieder des Konzils stimmten mehrheitlich für die Formulierung des Senats.
- Zu § 7 Abs. 3 der Grundordnung gab es Verständnisprobleme seitens der Mitglieder des Konzils. Justitiar Dr. Glöckner und der Kanzler erläuterten, dass die hier aufgeführte statusrechtliche Zuordnung nur bei der Zusammensetzung der Gremien der Universität und beim Stimmrecht zur Wahl derselben relevant ist. Mit der Regelung des § 7 Abs. 3 werden nicht nur Privatdozenten erfasst sondern beispielsweise auch außerplanmäßige Professoren, die die benannten Voraussetzungen erfüllen. Die Formulierung muss dementsprechend etwas weiter gefasst werden. Es wurde auch klargestellt, dass mit dieser Regelung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und den Vorgaben des Bildungsministeriums Genüge getan wird. Im Übrigen trifft diese Regelung nur in Ausnahmefällen zu. Im Ergebnis dieser Debatte befürworteten die Mitglieder des Konzils mehrheitlich die vom Senat vorgeschlagene Formulierung.
- Die Änderungen in § 10 Abs. 2 Satz 3 und 4 gaben ebenfalls Anlass zur Kritik. Es wurde bemängelt, dass die vorgesehene Befugnis des Rektorats, materiell in den Berufungsvorschlag der Berufungskommission einzugreifen, der höherrangigen Vorgabe des LHG M-V widerspricht. Der Kanzler verwies hier auf § 59 Abs. 4 LHG M-V, in dem geregelt ist, dass die Hochschule den Berufungsvorschlag aufstellt. Mit dem Begriff der Hochschule ist in diesem Sinne das Rektorat gemeint. Justitiar Dr. Glöckner ergänzte, dass die kritisierte Formulierung mit geringen redaktionellen Abweichungen in der Grundordnung der Universität Greifswald 2006 festgeschrieben wurde und dass materiell-rechtliche Fragen abschließend in der Berufsordnung geregelt werden. Der Vor-

schlag des Senats zu § 10 Abs. 2 Satz 3 und 4 wurde mehrheitlich von den Mitgliedern des Konzils angenommen.

- Die Bezeichnung Rektorat in den §§ 14 ff. wurde vom Senat aus praktischen Erwägungen heraus nicht personifiziert (z. B. Mitglieder des Rektorats oder in Verantwortung des Rektorats). Außerdem regelt § 18 Abs. 2 explizit die Zusammensetzung des Rektorats.
- Die Bearbeitung der Worthäufungen in § 18 Abs. 1 wurde der Endredaktion zugewiesen.
- Die Grundsätze der leistungsorientierten Mittelvergabe fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Rektorats, sondern haben sich an § 16 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1, 2 LHG M-V zu orientieren. Daher wird in § 18 Abs. 4 2. Anstrich „die Grundsätze der leistungsorientierten Mittelverteilung“ geändert in „das Nähere der leistungsorientierten Mittelverteilung“. Zur Vermeidung von Missverständnissen wird in § 18 Abs. 4 7. Anstrich „die übergangsweise Wahrnehmung...“ ersetzt durch „die Entscheidung zur übergangsweisen Wahrnehmung...“. Der Änderungsvorschlag des Senats für § 18 wurde mit den obigen redaktionellen Änderungen von den Mitgliedern des Konzils mehrheitlich bestätigt.
- Zur vom Senat vorgeschlagenen Verlängerung der Amtszeit der Rektorin/des Rektors auf sechs Jahre in § 19 Abs. 4 äußerten sich einige Mitglieder des Konzils ablehnend. Nach intensiver Aussprache entschieden sich die Mitglieder des Konzils mehrheitlich gegen den Änderungsvorschlag des Senats zur Verlängerung der Amtszeit des Rektors auf sechs Jahre. Somit bleibt die alte Regelung bestehen: Die Amtszeit der Rektorin/des Rektors beträgt vier Jahre. Die einmalige Wiederwahl ist zulässig.
Im Anschluss wurde noch einmal ausdrücklich klargestellt, dass das Konzil einzelne Änderungen ablehnen kann, ohne damit das Gesamtpaket der Änderungsvorschläge abzulehnen. Bei abgelehnten Änderungen erfolgt ein Rückgriff auf die bestehende Regelung. Das Konzil kann keine eigenen Änderungen einbringen.
- Zur vom Senat vorgeschlagenen Formulierung zum Vorschlagsrecht für die Prorektorinnen/Prorektoren in § 20 Abs. 4 gab es einen Änderungsvorschlag aus dem Konzil. Stud. Acker, Präsident des StuRa, verteidigte die Formulierung des Senats. Der Vorschlag aus dem Konzil läuft dem Anliegen der Studierendenschaft zuwider. Mit der neuen Variante wird die Möglichkeit eröffnet, auch ohne Vorschlag des StuRa einen studentischen Prorektor einzusetzen. Nach kurzer Aussprache wurde der Änderungsvorschlag aus dem Konzil von den Mitgliedern des Konzils mehrheitlich als redaktionelle Änderung eingestuft. Dieser wird somit in § 20 Abs. 4 eingearbeitet.
- Der Vorschlag des Senats in § 20 Abs. 2 die Amtszeit für Prorektoren auf drei Jahre festzuschreiben, wurde von den Mitgliedern des Konzils, unter Berücksichtigung der Anpassung der Amtszeiten von Rektorin/Rektor und Prorektorinnen/Prorektoren, mehrheitlich abgelehnt.
- Mit der Anpassung der Schlussbestimmungen in den §§ 36 und 37 wurden die Bearbeiter der Endredaktion betraut.

Im Anschluss an die Diskussion bedankte sich der Präsident bei den Mitgliedern des Konzils für die Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge und bat dann das Konzil um die Abstimmung zu den vom Senat eingebrachten Änderungsvorschlägen für die Grundordnung.

Die Mitglieder des Konzils beschlossen mehrheitlich gemäß § 15 Abs. 4 der Grundordnung die vom Akademischen Senat vorgeschlagene Änderung der Grundordnung mit Ausnahme der Regelungen für die Amtszeit der Rektorin/des Rektors in § 19 Abs. 4 und der Amtszeiten der Prorektorinnen/Prorektoren in § 20 Abs. 2.¹

Abstimmungsergebnis: 48/0/4

Der Vorsitzende des Senats bedankte sich beim Konzil für die Zustimmung.

zu 3

Es wurden keine Anträge eingebracht.

zu 4

Der Präsident bedankte sich noch einmal ausdrücklich bei den Mitgliedern des Konzils. Sie haben in dieser Sitzung bewiesen, dass das Konzil sich seiner Aufgabe, hochschulpolitisch bedeutsame Entscheidungen zu treffen, stellt und sich damit als wichtiges Gremium bewährt.

bestätigt:

Protokoll:

gez.

Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck
Präsident des Konzils

gez.

Wenke Friske-Saß
Referat 1.2

¹ Anmerkung der Redaktion: Die Satzung zur Änderung der Grundordnung der Universität Rostock befindet sich derzeit im Genehmigungsverfahren nach § 13 Abs. 3 LHG M-V.